



Mitgliederzeitung der SP Schweiz

141 • CH Dezember 2013 AZB 3001 Bern

Parlamentsdienste 3003 Bern



# Rückblick und Vorwärtsdrang

Die Bundeshausfraktion der SP zieht Bilanz. In der ersten Hälfte der Legislatur ist es ihr gelungen, wichtige Zeichen zu setzen. Auch im neuen Jahr wird sich die SP weiterhin für eine Politik für alle statt für wenige einsetzen. Danke für eure Unterstützung!

Seite 14

### PARTEIGESCHICHTE



Rechtzeitig zum Ende unseres Jubiläumsjahrs ist soeben die zweisprachige Jubiläumsschrift der SP erschienen.

Seiten 2, 6 und 7

### INTERN



Mit **Bildungsmodulen für die Sektionen** will die SP Schweiz die interne Bildung stärken. Für nächstes Jahr ist ein Modul zur öffentlichen Krankenkasse geplant.

Seite 15

### CARTE BLANCHE



Kann es ein Ziel an direkter Demokratie geben? Der Politikwissenschaftler **Marc Bühlmann** nimmt Stellung und beschwichtigt.

Seite 19

# Endlich da – das Jubiläumsbuch

Die Jubiläumsschrift der SP Schweiz «Einig – aber nicht einheitlich» wurde am 26. November im Rahmen einer Vernissage im Alpinen Museum Bern der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Festschrift zum 125-jährigen Parteijubiläum zeigt das Werden und Handeln der Partei im jeweiligen zeitlichen Kontext auf. Die acht Kapitel spannen den Bogen von den Anfängen der Arbeiterbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Themenfenster und regionale Spotlights beleuchten, wie die SP und ihre AkteurInnen gedacht und gehandelt haben. Im lexikalischen Anhang werden die wichtigsten Personen biografisch aufgeführt

und grundlegende sozialdemokratische Stichworte erläutert.

Die Vernissage wurde eingeleitet von einem kurzen Grusswort von Christian Levrat an die über 80 Gäste, danach folgten Referate verschiedener Autorinnen und Autoren des Buches. Bernard Degen zeichnete ein Portrait Rudolf Grimms, eines einflussreichen Marxisten in der Schweizer Politik, Line Rennwald äusserte sich zur Frage, inwiefern

die SP eine Arbeiterpartei war beziehungsweise ist, und Barbara Haering schliesslich nahm das Publikum mit auf einen Exkurs in die Schweizer Friedens- und Sicherheitspolitik. Hans-Jürg Fehr moderierte abschliessend ein Podium mit François Baer und Nicola Behrens, gefolgt von einem geselligen Apéro.

Das Buch kann direkt über [www.redbox.ch](http://www.redbox.ch) bezogen werden.



## Ein Jahr schon...

**Leyla Gül und Flavia Wasserfallen sitzen am Tisch der Cafeteria und reden. Da mein Arbeitsplatz gleich nebenan ist, habe ich das Gespräch mitgehört. NSA lässt grüssen!**

F: Leyla, wir sind seit einem Jahr die Co-Generalsekretärinnen der SP Schweiz.

L: Was, schon ein Jahr? Kaum zu glauben. Weisst du noch, unser Einstieg?

F: Oh, ja. Gleich zwei parteiintern umstrittene Entscheide standen bevor. An der DV letzten Dezember in Thun haben wir uns gestritten. Darf die Partei Spenden aus der Wirtschaft unter gewissen Bedingungen annehmen? Und unterstützen wir das Referendum gegen die dringliche Asylgesetzrevision?

L: Aber die Diskussion verlief ganz gesittet und das hat mir gefallen. Eine Partei, die sich anständig zofft! Das ist doch viel spannender als einstimmige Abnickerentscheide.

F: Stimmt, aber es ist nicht immer so! Gegen die Abzocker sind wir gleich darauf ziemlich alleine und geeint in den Abstimmungskampf gezogen.

L: Und wer hätte gedacht, dass eine Initiative gegen die Abzockerei und gegen die geballte Kraft der Wirtschaftselite und aller Parteien



rechts von der SP mit 67 Prozent der Stimmen angenommen würde?

F: Das war ein Aufsteller. Aber was mich fast noch mehr aufstellt, ist dieses geballte Engagement in unserer Basis für die 1:12-Initiative. Kurz vor der Abstimmung hat doch eine Sektion Material bestellt, von der ich gar nicht wusste, dass es sie gibt!

L: Überhaupt das Engagement der Mitglieder, Sektionen, Kantonalparteien. Das ist es, was ich an dieser Partei so liebe. Über 3000 Mitglie-

der am Jubiläumfest – ich bekomme immer noch Hühnerhaut, wenn ich daran denke.

F: Hoffentlich können wir diese Energie weitzernutzen für die Mindestlohn-Initiative. Die kommt ja nächstes Jahr zur Abstimmung.

L: Und zeigt jetzt schon ihre Wirkung! Kein Tag, ohne dass ein Wirtschaftsboss seinen Lohn verteidigen oder ein Bürgerlicher zugeben muss, dass es so nicht weitergehen kann. Und Lidl hat bereits einen Mindestlohn von 4000 Franken eingeführt.

F: Lidl ist nett, aber wenn du bei ihnen maximal ein 60-Prozent-Pensum erhältst, verkommt das doch eher zur Farce. Und trifft im Übrigen die Frauen.

Flavia steht auf, stellt zwei Gläser auf den Tisch.

F: Willst du auch Wasser? Wo sind nur die Wasserflaschen hingekommen?

L: Die haben wir nicht mehr. Wir sind jetzt Teil der Blue Community Bern.

F: Der Blue was?!

L: Das Wasser aus der Leitung ist mindestens so gut wie das gekaufte, abgefüllte und transportierte Flaschenwasser. Deshalb füllen wir jetzt diese schönen Glaskaraffen der Stadt Bern.

F: Ok, na dann Prost auf unser erstes Jahr im Sekretariat und ein erfolgreiches nächstes!

Aufgezeichnet von Gaël Bourgeois.





# Keine Abschottung der Schweiz

**Die SVP fordert eine Zuwanderungssteuerung, vom Staat organisiert und kontrolliert, mit Inländervorrang, Kontingenten und jährlichen Höchstzahlen. Diese geforderte Rückkehr zur gescheiterten Kontingentspolitik entspringt einer fremdenfeindlichen Ideologie und löst keine einzige der aktuellen Herausforderungen.**

Die Abschottungsinitiative der SVP fordert die Rückkehr zum Kontingentsystem früherer Jahrzehnte. Die Erfahrungen mit diesem System haben deutlich gezeigt, dass dieses nicht funktioniert. Bezeichnenderweise war die Zuwanderung in die Schweiz nie so hoch wie in jener Zeit. Dies zeigt: Die Höhe der Einwanderung wird nicht in erster Linie von der Einwanderungspolitik bestimmt, sondern vom Bedarf der Wirtschaft. Solange diese auf Arbeitskräfte angewiesen ist, führen auch Höchstzahlen und Kontingente nicht automatisch zu weniger Zuwanderung. Indem es an Bundesrat und Parlament läge, die jährlichen Kontingente und Höchstzahlen festzulegen, würde der Einfluss der mächtigen Arbeitgeber- und Branchenlobbys massiv verstärkt. Diese würden ihren Einfluss geltend machen, um möglichst hohe Kontingente zu erhalten. Dem Lohndumping und der Missachtung von Arbeitnehmerrechten würden dadurch Tür und Tor geöffnet. Darunter hätten insbesondere Angestellte in der Tieflohnbbranche zu leiden.

Eine Rückkehr zur Kontingentspolitik schafft nicht nur viele neue Probleme, sie löst auch keine einzige der aktuellen Herausforderungen. Die Initiative bietet keinerlei Lösungen gegen Zersiedelung, überfüllte Strassen und Züge, tiefe Löhne und teure Wohnungen. Denn diese Probleme sind oftmals hausgemacht und nur durch innere Reformen zu lösen. Deshalb fordert die SP einen Ausbau der flankierenden Massnahmen in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt und Bildung. Denn wir wollen weder eine Einwanderung im heutigen



Stil, die lediglich den Interessen der Wirtschaft dient, noch eine Rückkehr zur gescheiterten Kontingentspolitik. Wir fordern vielmehr eine Zuwanderung, die zum Gewinn für alle wird. Dies ist nur möglich, wenn wir nicht der Einwanderung als solcher Schranken auferlegen, sondern sie durch innere Reformen in den Griff bekommen. Der SVP hingegen geht es mit ihrer Initiative nur um die Bewirtschaftung ihres Lieblingsthemas einer nicht existierenden Überfremdung. Wie immer macht sie Ausländerinnen und Ausländer zu Sündenböcken und für alle – auch nicht existierende – Probleme verantwortlich. Gleichzeitig wehrt sie sich vehement gegen alle echten Lösungsansätze.

In der aktuellen Diskussion um Zuwanderung wird allzu oft nur aus wirtschaftlicher Sicht argumentiert. Vergessen wir dabei nicht,

dass wir als Schweiz ein Teil Europas sind. Wir können und wollen uns nicht vom Rest der Welt isolieren. Wir brauchen den Austausch mit dem Ausland – sei dieser wirtschaftlich, kulturell oder gesellschaftlich. So wie die Wirtschaft grenzüberschreitend agiert, sollen auch die Menschen die Möglichkeit haben, sich frei zu bewegen. Die Zuwanderung in die Schweiz stellt seit jeher eine enorme kulturelle Bereicherung dar, von der wir alle profitieren. Dies geht in der aktuellen Diskussion allzu oft vergessen. Die Abschottungsinitiative der SVP entspringt einer fremdenfeindlichen Ideologie und widerspricht der humanitären Tradition der Schweiz. Die Initiative will unter anderem ein fundamentales Menschenrecht, das Recht auf Familiennachzug, einschränken. Haben wir die Zeiten der Saisoniers bereits vergessen, die jahrelang getrennt von ihren Familien leben mussten? «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen» – an diese treffenden Worte von Max Frisch sollten wir uns in dieser ganzen Diskussion erinnern. Es sind immer Menschen, die hierher kommen, ganz egal wie wir die Zuwanderung steuern. Und für diese Menschen haben die gleichen Grund- und Menschenrechte zu gelten wie für alle anderen auch.



Bea Heim ist Nationalrätin SO



# Mit FABI die Zugkunft aufgleisen

**Am 9. Februar 2014 wird die Schweiz über die Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur», kurz FABI genannt, entscheiden. FABI sichert dem öffentlichen Verkehr und damit dessen Kundinnen und Kunden und dem Personal eine Zukunft, weil sich damit das Schienennetz langfristig und sicher finanzieren lässt. Ein Scheitern der Vorlage wäre ein kolossaler Scherbenhaufen. Das Engagement aller für ein Ja ist nötig!**

Wer oft mit dem öffentlichen Verkehr (öV) unterwegs ist, kann ein Lied davon singen: Immer mehr Kundinnen und Kunden nutzen den öV. Und die Entwicklung geht ungebremst weiter: Bis 2030 rechnet das UVEK mit einer Verkehrszunahme von über 40 Prozent im Güter- und Personenverkehr auf der Schiene. Diese erfreuliche Tatsache hat ihre Schattenseiten: Weil das Schweizer Bahnnetz bereits heute weltweit am stärksten ausgelastet ist, fehlt für mehr Angebote im Personen- und Güterverkehr schlicht der Platz. Die hohe Auslastung fordert auch vom Personal Höchstleistungen. Trotz Sparopfern des Personals fehlt Geld. Es besteht heute im Schweizer Schienennetz ein Bedarf nach zusätzlichen Investitionen von rund 1 Mia. Franken im Jahr.

Nachdem die Allianz für den öffentlichen Verkehr mit ihrer öV-Initiative mit Nachdruck auf diese Missstände hingewiesen hat, handelten der Bundesrat und das Parlament. Mit der Vorlage «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI)» liegt nun ein direkter Gegenvorschlag vor, der dem Handlungsbedarf Rechnung trägt und es ermöglicht hat, die öV-Initiative zurückzuziehen.

Im Zentrum von FABI steht ein neuer Fonds für das Schienennetz. Dieser neue Bahninfrastrukturfonds wird in Zukunft Unterhalt, Betrieb und Ausbau des Schienennetzes aus einer Hand finanzieren. Die Vorteile des Fonds liegen auf der Hand. Er garantiert mit

seinen unbefristeten zweckgebundenen Mitteln langfristige Investitionssicherheit und Schutz vor kurzsichtigen Sparprogrammen auf dem Buckel des öffentlichen Verkehrs und seines Personals. Man kann den Bahninfrastrukturfonds deshalb ohne Übertreibung als eine Lebensversicherung für den Schweizer öV bezeichnen. Diese hat jedoch ihren Preis. Nach dem Willen des Bundesrates und des Parlaments haben alle, die von einem leistungsfähigen öV profitieren, einen Beitrag zu leisten.

Das sind einerseits die Kundinnen und Kunden und die Angestellten des öffentlichen Verkehrs, aber nicht nur sie: Auch der Bund und die Kantone leisten einen gewichtigen Anteil zur Deckung der Mehrkosten. Insgesamt ist die Lastenverteilung fair: FABI wird denn auch – mit Ausnahme der SVP – von allen Parteien mitgetragen.

## Lebensversicherung für den ÖV

FABI bringt jedoch nicht nur finanzielle Sicherheit und einen guten Unterhalt des Schienennetzes. FABI wird mit einem ersten Ausbausritt im Rahmen von 6.4 Milliarden Franken die dringendsten Massnahmen zur

Engpassbeseitigung auf dem Schienennetz ermöglichen. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf mehr Sitzplätzen für den Personen- und mehr Kapazitäten für den Güterverkehr. Es handelt sich beim Ausbau mitnichten um ein übertriebenes regionalpolitisches Wunschkonzert, wie Kritiker behaupten waren doch die Forderungen der Kantone über 60 Milliarden Franken schwer. Im Gegenteil: die Ausbauten sind gezielt und nötig, um das Knotensystem in allen Regionen der Schweiz weiterzuentwickeln – schliesslich besteht die Schweiz nicht nur aus Zürich und Bern.

Der Tag der Entscheidung ist am 9. Februar 2014. Überzeugen wir die Schweiz, dass wir mit FABI in vernünftige und nachhaltige Mobilität investieren! Die Abstimmung ist nicht im Schlafwagen zu gewinnen. Von nichts kommt nichts, holen wir die Menschen zur Wahlurne! Ein Scheitern von FABI wäre ein Scherbenhaufen, für den öV, für seine Angestellten und für die ganze Schweiz.



**Edith Graf-Litscher**  
Nationalrätin TG



# Keine Privatsache

**Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» verlangt, dass «unter Vorbehalt von seltenen Ausnahmen Schwangerschaftsabbruch und Mehrlingsreduktion im Obligatorium nicht eingeschlossen sind», die Kosten also von der Grundversicherung nicht mehr bezahlt werden.**

Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» wird vordergründig als Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen und zur Reduktion der Abtreibungszahlen begründet. Den Schwangerschaftsabbruch bezeichnet der Co-Präsident des Komitees, SVP-Nationalrat Peter Föhn, als «unnötige Leistung». Schwangerschaftsabbruch habe mit Krankheit absolut nichts zu tun und die Krankenversicherung dürfe nur die wichtigsten Leistungen gemäss Art. 32f Krankenversicherungsgesetz abgelten (Leistungen müssen wirksam, zweckmässig und wirtschaftlich sein).

Diese Argumentation ist absurd und verlogen. Weder würden durch die Streichung der Leistungspflicht Kosten gespart, noch würde die Zahl der Abbrüche merklich abnehmen. Andererseits hätte die Annahme der Initiative gravierende Folgen. Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» untergräbt das Solidaritätsprinzip der Grundversicherung der Krankenkasse. Dieses beruht auf Solidarität und nicht auf individuellen Lebensanschauungen, die selektionieren, wel-

che medizinischen Behandlungen von den Kassen vergütet werden dürfen und welche nicht (Organtransplantationen? Extremsport-Unfälle? Behandlung von Raucher- und Alkoholkrankheiten? Übergewicht?...). Zudem diskriminiert sie Frauen, indem sie allein für



die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs aufkommen müssen und die Männer aus ihrer finanziellen Mitverantwortung entlassen werden. Auch werden keine Kosten gespart. Die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sind gemessen an den Gesamtausgaben der obligatorischen Grundversicherung gering und die Initiative würde andere Folgekosten mit sich bringen. Die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch liegen zwischen 600 und 3000 Franken. Schätzungen zufolge betragen sie je

nach Methode durchschnittlich 600 respektive 1000 Franken. Damit ergeben sich jährliche Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in der Höhe von 8 Millionen Franken, das sind 0,03 Prozent der Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Allerdings dürfte die Zahl de facto noch deutlich tiefer liegen, da sie nicht berücksichtigt, dass zahlreiche Frauen aufgrund hoher Franchise und Selbstbehalt die Kosten für einen Schwangerschaftsabbruch bereits selber bezahlen.

*Auf [www.nein-angriff-fristenregelung.ch](http://www.nein-angriff-fristenregelung.ch) kannst du die Kampagne direkt unterstützen. Spende auch Du einen kleinen Beitrag, damit wir im Februar nicht einen grossen Schritt zurück ins Mittelalter machen!*



**Lea Kusano**  
Stadträtin Bern

## Vernehmlassung zu Initiativprojekten gestartet

Die SP will nächstes Jahr eine neue Initiative lancieren, welche voraussichtlich 2018/2019 zur Abstimmung käme. Zu diesem Zweck hat die Geschäftsleitung der SP Schweiz im Juni sechs Initiativprojekte vorgestellt und mittels Online-Voting in einen breiten Konsultationsprozess geschickt. In den darauf folgenden drei Monaten haben sich rund 2800 Personen am Voting beteiligt. Drei Kantonalparteien (BS, VD, ZH) haben die Projekte zudem an ihren Delegiertenversammlungen behandelt. Aus dieser Konsultationsrunde ging klar hervor, dass die Projekte aus dem Wirtschafts- und Finanzbereich, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Transparenz der Parteienfinanzierung am meisten Zuspruch erhielten. Dieses Ergebnis wurde mittels Communiqué am 1. Oktober 2013 kommuniziert. Die genannten vier Projekte wurden in leicht angepasster und konkre-

tisierter Form (siehe Übersicht) bei allen Kantonalparteien in die Vernehmlassung geschickt, die bis zum 13. Januar 2014 dauert.

Die Geschäftsleitung wird das Ergebnis analysieren, Mitte Februar eine Vorauswahl treffen und diese der Delegiertenversammlung vom

29. März zum Entscheid vorlegen. Über die definitive Initiative beschliesst der Parteitag vom 28. Juni 2014. *Flavia Wasserfallen*

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Für eine Finanztransaktionssteuer	Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung	Mehr Transparenz bei Parteienfinanzen
			
Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit soll verbessert werden durch einen Ausbau ausserfamiliärer Betreuungsangebote und die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs.	Auf Finanztransaktionen soll eine Steuer erhoben werden. Ein Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen soll der Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen zugute kommen.	Das Steuerdumping in den Kantonen soll durch die Einführung einer einheitlichen Bundessteuer gestoppt werden. Ein grosser Teil des zusätzlichen Steuerertrags soll an die Kantone und Gemeinden weiterverteilt werden.	Geldflüsse in der Politik sollen ab einem gewissen Betrag (10 000 Franken) offengelegt werden. Dies gilt für Parteien, PolitikerInnen und Organisationen.

# Ein neuer Aufbruch für die

Im letzten Auszug aus dem Jubiläumsbuch zeigt Cédric Wermuth, wie die JUSO inmitten einer entpolitisierten Jugendlandschaft zur erfolgreichen und schlagkräftigen Bewegung wurde.

Die JungsozialistInnen in der Schweiz blicken auf eine mindestens hundertsechsjährige Geschichte zurück – an Weihnachten 1906 wurde die erste nationale Organisation der sozialistischen Jugend gegründet. Ihre Geschichte ist eine Geschichte des Auf und Ab, des Hin und Her, gerade was die Beziehungen mit der Mutterpartei angeht. «Musste das wirklich sein?» ist denn auch die Frage, die ich als Präsident der JUSO Schweiz zwischen 2008 und 2011 mit Abstand am häufigsten beantworten durfte. Im Kern ist die Frage weder neu noch unangebracht: Wofür eine Sozialdemokratische Partei überhaupt Unterorganisationen für Junge (JUSO), Alte (60+), MigrantInnen (Second@s), Frauen (SP Frauen) oder andere Gruppen braucht, muss tatsächlich diskutiert werden. Sollten nicht gerade wir SozialdemokratInnen viel mehr das Bewusstsein für einen umfassenden Freiheitsbegriff fördern, statt die Vertretung von Partikularinteressen voranzutreiben? Bereits 1903 stellte sich Lenin mit Bezug auf die Studentenorganisationen die Frage nach der richtigen Strategie: «... dass der Unterschied der Klasseninteressen sich unvermeidlich auch in der politischen Gruppierung widerspiegeln muss, dass die Studentenschaft keine Ausnahme von der gesamten Gesellschaft sein kann – trotz all ihrer Uneigennützigkeit, Reinheit, idealen Gesinnung usw., dass es die Aufgabe der Sozialisten ist, diesen Unterschied nicht zu vertuschen, sondern ihn im Gegenteil möglichst breiten Massen klarzumachen und in einer politischen Organisation zu verankern.»



Zum 125-Jahr-Jubiläum der SP Schweiz ist am 26. November die zweisprachige Publikation «Einig – aber nicht einheitlich»/«Une pensée unie – mais pas unique» im Limmat Verlag erschienen. Sie kann über die Webseite [www.redboox.ch](http://www.redboox.ch) zum Buchhandelspreis von Fr. 68.– bestellt werden.

Mit anderen Worten: Es kann für uns SozialdemokratInnen nicht darum gehen, so etwas wie die Anliegen «der Jugend», »der Alten» oder «der Second@s» zu vertreten. Sozialdemokratische Organisationen dürfen nie Selbstzweck sein. Ihre Aufgabe ist immer auch eine strategische: die Anliegen der Sozialdemokratie möglichst breit zu verankern. Genau diese Auseinandersetzung stand auch am Anfang meiner JUSO-Generation.

Dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend trafen viele von uns um die Jahrtausendwende eine weitgehend entpolitisierte Landschaft von Jugendorganisationen an – die JUSO oder die Jungen Grünen nicht ausgenommen. Ent-

bürgerlichen Demokratie unter den Bedingungen des Spätkapitalismus anzugleichen.

Im Kern geht es darum, politische Forderungen, die die Eigentums- und Demokratiefrage ernsthaft stellen, an bestehende Diskurse – beispielsweise an die Debatte über Abzocker – anzuknüpfen und damit die Grenzen des Denkbaren zu ritzen. Wir haben so versucht, einen Weg zwischen einem sozial-neoliberalen Konzept der Perspektivenlosigkeit auf der einen Seite und den superradikalen, aber einflusslosen linken Gruppierungen (die den Untergang in ideologischer Reinheit dem realen Fortschritt vorziehen) andererseits zu finden.

**Im Kern geht es darum, politische Forderungen an bestehende Diskurse anzuknüpfen und damit die Grenzen des Denkbaren zu ritzen.**

politisiert bedeutete, dass sich auch Linke von der eigentlichen politischen Frage – der Frage also, nach welchen grundlegenden Prinzipien wir unsere Gesellschaft organisieren wollen – verabschiedet und sich dem Diktat der «Sachzwänge» und der «Realpolitik» weitgehend unterworfen hatten. Es ist kein Zufall, dass sich gerade in den 1990er-Jahren eine Veranstaltung wie die Jugendsession etabliert hat. Sie widerspiegelt eine neo-(sozial)liberale Vorstellungswelt: Die politische Auseinandersetzung verläuft nicht mehr zwischen Klassen, sondern zwischen Jung und Alt. Strukturelle Machtverhältnisse verschwinden aus dem Blick, die Gesellschaft wird nach biologischen Kriterien in homogene Interessengruppen und entsprechende Antagonismen geteilt.

## Die Wahlniederlage 2007: Krise als Chance

Paradoxerweise war es ausgerechnet das verheerende Ergebnis der SP bei den eidgenössischen Wahlen 2007, das die Spielräume für einen radikal anderen Versuch öffnen sollte. Das schiere Ausmass der Niederlage förderte sowohl in der Mutterpartei als auch bei den JUSOs die Bereitschaft, Neues zu wagen. Was die JUSO seither versucht hat umzusetzen, fassen wir unter dem Begriff «radikaler Pragmatismus» zusammen. Der Begriff steht für den Versuch, ein radikales Politikverständnis an die realen Möglichkeiten und Spielräume einer

## Das Flaggschiff der neuen Bewegung:

### Die 1:12-Initiative

Was wir mit radikalem Pragmatismus meinen, zeigt vielleicht am besten die «1:12-Initiative» für gerechte Löhne. Diese fordert, dass der höchste Lohn maximal das Zwölfwache des tiefsten Lohnes innerhalb des gleichen Unternehmens betragen darf. Fern von der Forderung, die Lohnarbeit an sich abzuschaffen oder den Einheitslohn einzuführen, versucht die Initiative, an aktuelle Debatten um überrissene Managerlöhne anzuknüpfen. Gleichzeitig bleibt sie nicht bei einem moralischen Tadel an den Abzockern stehen, sondern schlägt eine grundsätzliche, strukturelle Reform der Arbeitsbeziehungen vor. Auch wenn es die 1:12-Initiative im Abstimmungskampf schwer haben dürfte, so schafft sie doch Raum für realpolitische Forderungen wie beispielsweise gesetzliche Mindestlöhne. Dies entspricht einer wichtigen, gemeinsamen Erfahrung der letzten Jahre: Glaubwürdig sozialdemokratische Positionen zu vertreten, bedeutet zuerst einmal vor allem politische Niederlagen – Diskurse verschieben sich viel langsamer, als wir es gerne hätten.

## Von der starren Partei zur politischen Bewegung

Im Schlepptau der 1:12-Initiative haben wir versucht, das Verständnis, nach dem die JUSO



# JUSO Schweiz ab 2008



Anti-WEF-Demo in Davos, Januar 2009

lange Zeit funktioniert hatte, grundlegend zu verändern. Nicht mehr die Wahrnehmung der «quasi-natürlichen» Oppositionsrolle innerhalb der SP oder die Selbstbeschäftigung mit akademischen Debatten sollten Bild und Realität der JUSO prägen, sondern das Selbstverständnis einer politischen Bewegung. Unter dieser Bewegung verstehen wir ein Zusammenspiel von drei zentralen Formen politischer Arbeit: Den Aktionismus, politische Betätigung und Verantwortung innerhalb der Institutionen bürgerlicher Demokratie und die politische Bildung. Insbesondere die politische Bildung hatten SP und JUSO seit Jahren sträflich vernachlässigt. Es ist kein Zufall, dass die gesamte europäische Sozialdemokratie trotz der Niederlage des neoliberalen Weltbildes als Folge der Weltwirtschaftskrise nicht in der Lage war eine glaubwürdige Alternative zu präsentieren – man hatte die Denkarbeit an dieser Alternative schon vor Jahren schlicht aufgegeben.

## Wie weiter?

Wie ist das Ergebnis nun zu beurteilen? Der Erfolg gibt uns zumindest kurzfristig recht: Noch nie waren so viele JungsozialistInnen in Parlamenten vertreten, die Mitgliederzahlen steigen konstant, die JUSO wurde zur stärksten Teilorganisation innerhalb der Partei, sie hat als eine der wenigen Organisationen überhaupt Initiativefähigkeit erreicht und ihre Köpfe dominieren das öffentliche Bild junger Politik. Mit Sicherheit ist den Jusos in den letzten Jahren nicht zuletzt dank einer aggressiven Medienstrategie ein grosser Schritt zur Mobilisierung der jungen Menschen für die Ideen der Sozialdemokratie gelungen.

Aber gerade der mediale Eiertanz birgt seine Gefahren: Schafft es die JUSO die Basisarbeit so zu verfestigen, dass der politische Inhalt zum Träger wird und nicht der eine oder andere Kopf? Und vor allem bleibt die Frage vorerst offen, ob wir Lenins Forderung einlösen können: Wird es gelingen, die aktuelle Generati-

on für die langfristige Parteiarbeit ausserhalb der eigenen Universität, Kantonsschule oder JUSO-Sektion zu begeistern? Unter meinem Nachfolger David Roth hat die JUSO einen ersten «Generationenwechsel» beeindruckend schnell geschafft. Die neue JUSO-Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» zwingt die Sozialdemokratie zur längst überfälligen Reflexion über eine neue, internationale Strategie im Anschluss an das Scheitern von Neoliberalismus und Drittem Weg. Der Grundstein für 106 weitere Jahre jungsozialistischer Bewegung ist auf jeden Fall gelegt.



RÜCKBLICK AUF DEN 24. NOVEMBER

# Ein neuer moralischer Standard

Mit einem leicht mulmigen Gefühl ging ich an die 1:12-Abstimmungsfeier im Berner Gaskessel – schliesslich hatten wir die Abstimmung verloren. Verlassen habe ich die Feier mit einem Lächeln im Gesicht. Die 1:12-Kampagne ist eine Erfolgsgeschichte. Und zwar deshalb, weil sie die richtigen Fragen gestellt hat. Wie viel ist meine, deine, eure Arbeit wert? Wie viel mehr darf ein CEO im Vergleich zur Putzfrau verdienen? Wie viel Ungleichheit erträgt eine demokratische Gesellschaft? Gemeinsam haben wir mit 1:12 einen moralischen Standard gesetzt, an dem sich Politik und Wirtschaft auch in Zukunft werden messen müssen. Ich

bin begeistert wie viele von euch sich für 1:12 engagiert haben und danke euch herzlich!

Erleichtert war ich über das deutliche Nein zur SVP-Familieninitiative. Die Verpackung war hübsch, aber die Vorlage entpuppte sich als Mogelpackung. Wir brauchen in der Schweiz keine Steuerabzüge für reiche Familien. Die SP wird sich deshalb für die Einführung von Steuergutscheinen für Familien einsetzen, von denen alle gleichermassen profitieren – unabhängig von Einkommen und Familienmodell. Vor allem aber müssen wir dringend die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Es braucht genügend bezahlbare und

qualitativ gute Kita-Plätze. Und einen Elternurlaub für Mütter und Väter.

Mit einiger Verwunderung habe ich schliesslich die Kommentare zur Vignetten-Abstimmung zur Kenntnis genommen. Die Auto-Lobby feierte das Nein zur 100-Franken-Vignette, obwohl sich das Stimmvolk in aller Deutlichkeit gegen mehr Geld für den Strassenbau ausgesprochen hat. Klar ist: Nach dieser Entscheidung müssen sämtliche Planungsarbeiten für eine zweite Gotthard-Röhre sistiert werden, bis das Stimmvolk die Gelegenheit gehabt hat, sich dazu zu äussern.

*Christian Levrat*

## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### JA ZUR MINDESTLOHN-INITIATIVE

Ein Mindestlohn von 4000 Franken für eine Vollzeitstelle: Das verlangt die Mindestlohn-Initiative des SGB. Arbeitgeber laufen Sturm dagegen, Bundesrat und Parlament zeigen dem Anliegen die kalte Schulter. Darüber entscheiden wird das Volk bereits 2014 an der Urne. Unser Ziel ist ein Abstimmungssieg. In unserem Seminar wird das Grundwissen vermittelt, damit wir uns in den Auseinandersetzungen der kommenden Monate aktiv einmischen und schlagfertig, überzeugend und fundiert argumentieren können.

**Inhalt:** Beschäftigungs- und Lohnsituation, Inhalt der Volksinitiative, Argumentationstraining

**Nutzen:** Die Teilnehmenden erweitern ihre Kenntnisse in den Bereichen Beschäftigung und Lohn und bereiten sich auf die Abstimmungskampagne vor

**ReferentInnen:** Hans Baumann (Ökonom), Danièle Lenzin (Sozialwissenschaftlerin), Andreas Rieger (Unia), Christine Goll (Movendo)

**Kursgebühr:** Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder Fr. 300.–. **Verpflegung:** Mitglieder kostenlos, Nichtmitglieder Fr. 50.–

#### Kursorte und Daten

Kurs D4.1.1402: 14. Januar 2014, 9.15–16.45 Uhr, Zürich, Unia

Kurs D4.1.1403: 20. Januar 2014, 9.15–16.45 Uhr, Bern, Hotel Bern

Kurs D4.1.1404: 30. Januar 2014, 9.15–16.45 Uhr, Chur, ibW Höhere Fachschule

Monbijoustrasse 61, Postfach, 3000 Bern 23 · Telefon 031 370 00 70, Fax 031 370 00 71 · info@movendo.ch, www.movendo.ch



# Wohin steuert die Schweizer Bildungspolitik?

Die Schweiz gehört zu den Ländern, in denen der Zugang zu universitärer Bildung vor allem durch einen Faktor vorgegeben ist: den sozialen Status der Eltern. Dieser Trend verstärkt sich sogar noch, getrieben von einer neoliberalen Ökonomisierung der Bildung. Drei aktuelle Beispiele zeigen, was das im Alltag bedeutet.

## Wer für sein Studium arbeitet, muss mehr bezahlen

Die Universität St. Gallen gilt als Elite-Universität der Schweizer Wirtschaft und Verfechterin neoliberaler Dogmen. Der elitäre Charakter offenbart sich vor allem in den hohen Semestergebühren. Diese sollen auf den Herbst 2014, wenig überraschend, weiter steigen. Neu ist dabei, dass Studierende, die für ihr Studium mehr Zeit brauchen als die wenigen Semester, die laut Bologna-System «normal» sind, pro Jahr 1000 Franken mehr Studiengebühren bezahlen als ihre Mitstudierenden. In erster Linie trifft dies jene, die neben dem Studium arbeiten und schon bisher für denselben Abschluss, auf Grund der zusätzlichen Semester, mehr bezahlen.

## Wer zahlt, befiehlt

Das «UBS International Center for Economics in Society» ist das jüngste Beispiel von Sponsoring an hiesigen Universitäten. Der Vertrag dazu ist kürzlich dank den Recherchen des Journalisten Marcel Hänggi sowie dank den Bemühungen der «WOZ» und der «Zeit» öffentlich geworden. Die UBS zahlt 100 Millionen Franken, dafür lernen die Studierenden im neuen UBS-Hörsaal, wie die Wirtschaft funktioniert, und die Professorinnen und Professoren sollen an UBS-Veranstaltungen mit ihrer Präsenz der UBS helfen, ihren Ruf wieder aufzupolieren.

An sich ist Sponsoring nichts Neues. Laut einem Bericht von Marcel Hänggi in der NZZ am Sonntag, der im letzten Januar veröffentlicht worden war, finanziert sich die Universität St. Gallen zu 37 Prozent über Beiträge von Privaten, die Universität Bern zu 22 Prozent. Das hat Konsequenzen. An der ETH bestimmen Sponsoren wie Syngenta, Nestlé oder Swissnuclear mit, wenn Lehrstühle neu besetzt werden. An den betreffenden Insti-



tuten werden dann die Gefahren der Gentechnik oder von Nuklearanlagen untersucht, und zwar von Leuten, die ihren Job Firmen verdanken, die damit ihr Geld verdienen.

Im Bericht der NZZ am Sonntag wurde eine Studentin erwähnt, die sich darüber gewundert hat, seit dem Ausbruch der Finanzkrise kein kritisches Wort mehr über die Grossbanken gehört zu haben. Ob sich das nach dem 100-Millionen-Franken-Geschenk der UBS ändern wird?

## Unwort des Jahres: Humankapital

Seit 1994 ist die Höhe aller ausbezahlten kantonalen Stipendien um 25 Prozent gesunken. Trotz mehr Studierenden, höherer Gebühren

**An der ETH bestimmen Sponsoren wie Syngenta, Nestlé oder Swissnuclear mit, wenn Lehrstühle neu besetzt werden.**

und weniger Möglichkeiten für Arbeit neben dem Studium. Anstatt dass über den Zugang zu Universitäten und die Vielfalt der Lehre diskutiert würde, setzt ein Trend ein, mit dem Stipendienwesen einen weiteren Bereich der Bildung neoliberaler Dogmatik unterzuordnen. Mit dem Luzerner Stipendiengesetz stiehlt sich der Kanton aus der Verantwortung, die Finanzierung der Bildung sicherzustellen. Wenn sich

der Kanton an sogenannten «Bildungsprojekten» beteiligt, die Privatinvestoren mit den Studenten, die keine kantonalen Stipendien oder Darlehen erhalten, eingehen, dann unterstützt er damit schrittweise die Privatisierung von Bildung. Zudem: Wer glaubt wirklich, dass eine junge Frau mit Migrationshintergrund, instabilen Familienverhältnissen und dem Wunsch, Animationsfilm zu studieren, da dieselben Chancen hat wie ein junger Mann, der nach der Unteroffizierschule Betriebswirtschaft studieren will?

## Education is not for \$A€€

2009 demonstrierten Studierende in der ganzen Schweiz gegen diese Politik der Ökonomisierung. Hörsäle wurden besetzt, Demonstrationen durchgeführt und Podien veranstaltet. Die SP versprach damals, für mehr Gerechtigkeit in der Bildungspolitik zu kämpfen. Ich war 2009 selber Student an der Uni Bern. Heute, vier Jahre später, frage ich mich, wie lange es mit der heutigen Bildungspolitik für ein Kind eines Plattenlegers und einer Köchin, wie ich es bin, noch möglich sein wird, an einer Uni studieren zu können.

Daniel Gähwiler  
Vize-Präsident SP Kanton Luzern



AUS DEM LANDRAT

## Zwischenbilanz aus dem Landrat

In diesem Jahr konnte der Landrat das wohl grösste Geschäft der laufenden Dekade verabschieden: Die Revision der Baselbieter Pensionskasse. Nach langen Diskussionen in den Kommissionen wurde ein Kompromiss gefunden, der von allen grossen Fraktionen getragen wurde. Leider bröckelte die Zustimmung bereits im Landrat und die Volksabstimmung wurde dann sogar zur Zitterpartie. Die FDP hatte sich gegen ihren ehemaligen Finanz-

direktor gewandt und die Reform abgelehnt, in vielen Parteien fiel der Entscheid zur Parole knapp aus. Doch die Vernunft des Stimmvolks siegte und der Vorlage wurde an der Urne zugestimmt. Der Verlauf dieses Geschäfts ist aber typisch für die aktuelle Situation im Landrat: Das Ergebnis der Arbeit in den Kommissionen hat oft wenig Bestand. Auch eindeutige Kommissionsentscheide werden im Landrat gekippt und die Kommissionsmitglieder werden von ihren Fraktionen desavouiert. Das macht die politische Arbeit unberechenbarer und die Entscheide sind schlechter abgestützt.

Was sich bereits im Jahr 2012 abzeichnete, hat sich in diesem Jahr nochmals verstärkt: Der Landrat beschäftigt sich immer mehr mit sich selber. Bereits zweimal musste in diesem Jahr über die Aufhebung der Immunität eines Landratskollegen befunden werden, weil er im Verdacht stand, das Amtsgeheimnis verletzt zu haben.

Völlig verbissene Kämpfer versuchen um jeden Preis ihre Ziele zu erreichen. Sie nutzen nicht nur politische, sondern auch juristische Mittel und machen auch nicht Halt vor groben

persönlichen Angriffen. Der Ton im Landrat ist darum giftiger geworden. Die SP-Fraktion ist bei diesen Streitereien und Hahnenkämpfen glücklicherweise nicht beteiligt und hat es – wie im Fall des Staatsanwaltschafts-Berichts der GPK – verschiedentlich verstanden, durch besonnene Anträge deeskalierend und konstruktiv einzugreifen.

Auch die Landeskanzlei durchlebt strube Zeiten. Nach der Bekanntgabe der Nichtwiederkandidatur des 1. Landschreibers und der überraschenden Kündigung der 2. Landschreiberin ist es dringend notwendig, dass sich die Landeskanzlei wieder in ruhigere Gewässer bewegen kann. Mit Peter Vettlers Wahl zum 1. Landschreiber hat der Landrat dafür den richtigen Entscheid gefällt. Die SP-Fraktion freut sich sehr auf die Zusammenarbeit



**Kathrin Schweizer**  
Präsidentin der SP-Landratsfraktion

### AGENDA SP BASELLAND

Dienstag, 17. Dezember 2013, 19.30 Uhr  
**Sessionsbericht** mit Susanne Leutenegger Oberholzer, Claude Janiak & Eric Nussbaumer  
Gemeindebibliothek, Schulhaus Hintere Matten, Gempfenweg 17, Ettingen

Sonntag, 5. Januar 2014, 10 Uhr  
**Dreikönigstreffen** mit Angeline Fankhauser:  
Auf dem Lebensweg zu einer sozialeren Schweiz, Aula Schulhaus Donnerbaum, Muttenz

AUS DEM GROSSEN RAT

## NEIN zur Repressionsspirale

Die SP-Fraktion setzt sich im Grossen Rat gegen eine Verschärfung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen ein. Dies nachdem sie sich bereits gegen das Konkordat selbst gewehrt hatte. Es gibt keinen Nachweis für eine Tendenz der Zunahme der Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Vielmehr zeigt sich in Basel-Stadt eine abnehmende Tendenz der Gewalt an grossen Sportveranstaltungen. Zudem besteht mit dem sogenannten Basler Modell eine gute Kooperation aller beteiligten Parteien (Kantone Basel-Stadt und Basel-

Landschaft, FC Basel 1893, Basel United AG, Fanarbeit Basel und Fans).

Dank den Anstrengungen von allen Seiten entstand in Basel eine Fanpolitik, die auf eine enge Zusammenarbeit, einen offenen Dialog und eine realistische Lagebeurteilung baut. Die klare Ablehnung der Verschärfung soll diesen Weg – der von ständig neuen Herausforderungen geprägt ist – unterstützen.

Die Verschärfung des Konkordates muss auch aus rechtsstaatlichen Überlegungen abgelehnt werden. Innerhalb der neuen Formulierungen gibt es vage Bestimmungen, mit wel-

chen den rechtsanwendenden Behörden ein zu grosser Beurteilungsspielraum eingeräumt wird. Den polizeilichen Behörden sollten klare Schranken gesetzt werden. Weiter ist die massive Verlängerung des Rayonverbotes auf mindestens ein bis drei Jahre mit gleichzeitiger Senkung der Schwelle für den Beginn gewalttätigen Verhaltens rechtsstaatlich fragwürdig.

Rund um den Sport wird es immer wieder Ereignisse mit Gewalttaten geben. Es werden auch weiterhin Polizeikräfte notwendig sein, um Personengruppen zu kontrollieren, um Fanggruppierungen auseinanderzuhalten sowie um einzelne Personen festzunehmen. Für den Einsatz dieser repressiven und präventiven Mittel genügt die bestehende Gesetzesgrundlage. Daher ist es jetzt notwendig, die Repressionsspirale zu stoppen und gegen die Verschärfung des Hooligankonkordates im Grossen Rat zu stimmen.



**Tanja Soland**  
Grossrätin SP BS

### AGENDA SP BASEL-STADT 2014

#### Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt

Unionssaal, Volkshaus, 20 Uhr  
20.1. (Ausnahme: Riehen, Gemeindehaus, Bürgersaal), 27.2., 20.3. (Reserve)  
2.4. (Jahres-DV), 26.5., 30. 6., 28. 8. (Ort noch offen), 30. 9., 28. 10., 25.11, 16.12. (Reserve)

#### Partei Vorstandssitzung SP Basel-Stadt

Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr  
13.1., 11.2., 24.3., 8.4., 20.5., 16.6., 19.8., 15.9., 21.10., 17.11., 1.12.

#### 1. Mai Fest

Kundgebung und Fest auf dem Barfüsserplatz

**Laufende Aktualisierungen**  
auf [www.sp-bs.ch/agenda](http://www.sp-bs.ch/agenda)





Themenbezogenes Arbeiten in der Gruppe.

## THEMENTAG DER SP BASEL-STADT

## Ungleichheit in Generationenbeziehungen innovativ überwinden

«Was sind die Anforderungen an eine zeitgemässe Familienpolitik?» – Mit dieser grundsätzlichen Frage beschäftigten sich rund 30 Genossinnen und Genossen am Thementag der SP Basel-Stadt am 9. November. Wie der Titel «Tochter und Sohn in jeder Generation» impliziert, ging es um alle Familienbeziehungen, die ein Mensch in seinem Leben durchläuft. Neben der von der klassischen Familienpolitik fokussierten Versorgung gemeinsamer Kinder durch ein Ehepaar wurden alternative Familienmodelle sowie die Wechselbeziehung zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern einbezogen.

Für die Diskussionsgrundlage sorgte ein Referat von Marc Szydlík, Soziologieprofessor an der Universität Zürich. Er berichtete aus seinem Forschungsprojekt «Generationen in Europa» und stellte die Schweiz anhand generationenbezogener Faktoren in den europäischen Vergleich. Szydlíks Datenauswertung zeigt, dass in den heutigen Generationenbeziehungen Solidarität und Ungleichheit nebeneinander existieren. Einerseits lässt sich der These der Überindividualisierung widersprechen, empfangen oder geben rund 90 Prozent der Befragten lebenslang grosse Unterstützung durch beziehungsweise für Familienangehörige. Andererseits ist es so, dass diese Hilfen höchst unterschiedlich ausfallen. So überwiegt in ausgebauten Sozialstaaten Alltagshilfe für Angehörige, während bei einer schlechten öffentlichen Versorgungslage weit häufiger umfangreiche Pflege geleistet wird. Frauen leisten weiterhin den Grossteil der Pflege. Allgemein kann von einem Wohlfahrtsmix zwischen Fa-

milie und Staat gesprochen werden. Ungleichheit entsteht vor allem durch die unterschiedliche Verteilung von Geld und Zeit in der Gesellschaft. Beim Umfang der bisherigen und der zu erwartenden Erbschaften der über 50-jährigen nimmt die Schweiz eine Spitzenposition ein. Da die Qualität von Bildung und Betreuung vom Geldbeutel abhängig ist, lässt sich hier politischer Handlungsbedarf ableiten.

Im zweiten Teil der Veranstaltung diskutierten die Anwesenden in Arbeitsgruppen innovative Lösungen zu Problemlagen in den Generationenbeziehungen. Die Gruppe zu «Fragen der Pflege und Care-Arbeit» befasste sich vor allem mit Tagespflegeheimen sowie der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle Alter. Zum Thema «Finanzieller Ausgleich» diskutierte eine Gruppe die Befreiung von den Krankenkassenprämien für Kinder sowie den stärkeren Vermögensverzehr im Alter. Die Gruppe zur «Individualisierung und verschiedenen Familienmodellen» erarbeitete besonders die Forderung nach rechtlicher Gleichstellung aller Familienformen und einem allgemeinen Dienst an der Gesellschaft. Die vierte Gruppe zum Thema «Wohnumfeld und öffentlicher Raum» einigte sich auf die Forderung nach Nutzbarmachung des öffentlichen Raums als Aufenthaltsbereich für alle Altersklassen, zum Beispiel durch gemischte Kinder- und Altersspielplätze.

Die Ergebnisse wurden in einer Abschlussrunde vorgestellt und gemeinschaftlich gewichtet. Die drei Forderungen mit den meisten Stimmen – gesetzliche Gleichstellung aller Familienmodelle, Nutzbarmachung des öffent-

## Danke, Sabine!

Alle guten Dinge kommen einmal zu einem Ende. So kann man den Abschied von Sabine Suter vom Sekretariatsteam der SP Basel-Stadt in etwa beschreiben. Nach 12 Jahren als Finanzsekretärin bei der SP Basel-Stadt verlässt sie uns per Ende Jahr und wird eine neue Herausforderung antreten.



Sabine Suter

Sabine hinterlässt uns tadellose Parteifinanzen und sie hat unter anderem dafür gesorgt, dass wir in diesem Bereich für die Zukunft gerüstet sind. Wir wünschen ihr auf dem weiteren Lebensweg alles Gute. Auch möchten wir uns bei Ihr für das Engagement als Grossrätin bedanken, welches Sie nach acht Jahren ebenfalls niederlegen wird.

Reto Weibel, Kassier SP Basel-Stadt

### AGENDA SP BASEL-STADT

Dienstag, 17. Dezember  
**Delegiertenversammlung**  
 Volkshaus, Unionssaal, 20 Uhr

Dienstag, 13. Januar  
**Partei Vorstand**  
 Grosser Saal, Gewerkschaftshaus, 20 Uhr

lichen Raums für alle Altersklassen und der Dienst an der Gesellschaft – wurden von Parteipräsidentin Brigitte Hollinger aufgenommen und an den Parteivorstand weitergeleitet. Letztlich soll dieser Thementag der Auftakt der Diskussion um Familienpolitik in der SP Basel-Stadt sein. Vor allem sollten bei diesem Thema alle Generationen zusammenarbeiten, denn Familienpolitik geht alle an.

Miriam Baumeister  
 Juso- und SP-Mitglied



PHILIPPE PERRENOUD (SP), GESUNDHEITS- UND FÜRSORGEDIREKTOR, STEHT UNTER SPARDRUCK

## «Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe»

**GEF-Direktor Philippe Perrenoud missfällt Reparaturpolitik. Er will dafür sorgen, dass soziale Themen auf der politischen Agenda bleiben.**

Der Gesundheits- und Sozialbereich ist politisches Kampfgebiet. Als GEF-Direktor musstest Du viel Kritik einstecken. Was beflügelt Dich zum Weitermachen?

Wenn ich der SVP jetzt den Platz überlassen würde, empfänden das viele als Verrat. Die GEF spielt bei der Frage des sozialen Zusammenhalts eine Schlüsselrolle. Ein tolles Team unterstützt mich dabei. Ich selber bin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen und weiss, was Armut bedeutet. Ich bleibe meinen Überzeugungen treu.

Du stehst unter enormem Spardruck. Die Sparmassnahmen führen unweigerlich dazu, dass immer mehr Leute unter prekären Bedingungen leben müssen. Wie gehst Du damit um?

Die sozialen Anliegen dürfen nicht von der politischen Agenda verschwinden! Zwischen Gesundheit und sozialem Umfeld gibt es einen engen Zusammenhang. Plakativ ausgedrückt: Arme sterben früher. Deshalb möchte ich als Gesundheitspolitiker nicht nur soziale Schäden reparieren, sondern vorbeugend wirken. Sozialpolitik ist eine Querschnittsaufgabe und umfasst Bildung und Raumplanung ebenso wie wirtschaftliche Anreize. Der Grosse Rat hat kürzlich seine Zustimmung dazu gegeben, sieben Massnahmen zur Armutsbekämpfung zu prüfen, deren Realisierung zehn Millionen Franken kosten würde. Wir bräuchten mehr, und die Umsetzung der im November beschlossenen Sparmassnahmen wird äusserst schwierig. Auch wenn mein Herz manchmal weint – ich werde weiterkämpfen!

Das Spitalversorgungsgesetz ist nach langer und schwieriger Debatte unter Dach und Fach.

Wie gelang der Durchbruch?

Indem ich alle Beteiligten an den runden Tisch brachte. So erzielten wir einen Kompromiss, der die wichtigen Komponenten der Leistungsplanung enthält. Bedauerlich ist, dass der Ausgleichsfonds, der dank einer Abgabe auf Vergütungen durch Zusatzversicherungen gespiesen worden wäre, nicht zustande gekommen ist.

Die Gesundheitsausgaben machen mit einer Milliarde Franken zehn Prozent des Kantons Haushalts aus. Der Kanton trägt mit 55 Prozent die Hauptlast der Spitalkosten. Was geschieht,



Philippe Perrenoud: «Auch wenn mein Herz manchmal weint – ich werde weiterkämpfen.»

wenn die Kosten weiter steigen?

Der Kanton kann nicht nach jeder Kostensteigerung die Steuern erhöhen. Deshalb gerät der Staatshaushalt unter Druck. Die neuen Spital- und Pflegefinanzierungen führten zu einer Lastenverschiebung auf die Kantone. Dadurch

**«Ich möchte als Gesundheitspolitiker nicht nur soziale Schäden reparieren, sondern vorbeugend wirken.»**

entstanden auf einen Schlag zusätzliche Kosten von rund 300 Millionen Franken pro Jahr. Gleichzeitig beschloss der Grosse Rat Steuer senkungen im Umfang von rund 220 Millionen, und die Senkung der Motorfahrzeugsteuern entzog dem Kanton weitere 100 Millionen Franken. Seien wir ehrlich: Diese Rechnung geht nicht auf.

Wo bestehen überhaupt noch Handlungsspielräume?

Die sind eng. Aber wir müssen sie voll ausnutzen. Die Interessen zwischen öffentlichen und

privaten Spitalern, Zentren und Regionen gehen diametral auseinander. Mit degressiven Tarifen und mit der Spitalliste können wir die Gesundheitskosten etwas beeinflussen. Aber die Liste ist heftig umstritten. Die Kommission des Grossen Rats gewichtete die Interessen der Versicherer leider höher als jene der Steuerzahlenden. Nach Beschwerden und Workshops mit Spitalvertretern haben wir uns nun auf Rahmenbedingungen einigen können.

Interview: Daniel Vonlanthen

### KANTONALE WAHLEN 2014

Am 30. März 2014 finden im Kanton Bern Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die amtierenden SP-Regierungsräte Barbara Egger, Andreas Rickenbacher und Philippe Perrenoud werden alle wieder kandidieren. In einer Interview-Serie spricht links.be mit Egger, Rickenbacher und Perrenoud über die vergangene Legislatur und ihre Pläne für die nächsten vier Jahre. Bisher erschienen: Interview mit Barbara Egger und Andreas Rickenbacher.





# Für die SP ist eine andere Wirtschaft möglich

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie bildet das Kernstück des Parteiprogramms. Die Umsetzung bleibt eine grosse Herausforderung.

Mit einer Tagung «Wirtschaftsdemokratie – eine konkrete Utopie mit Zukunft?» Anfang Juli versuchte die SP Schweiz zusammen mit der «Foundation for European Progressive Studies» das mit dem Parteiprogramm lancierte Konzept der Wirtschaftsdemokratie in einer Debatte mit profilierten WissenschaftlerInnen zu konkretisieren (siehe «links» 138). Die zentrale Erkenntnis nach vielen Stunden mit Referaten, Debatten und Workshops ([www.spschweiz.ch/wirtschaftsdemokratie](http://www.spschweiz.ch/wirtschaftsdemokratie)): Wirtschaftsdemokratie ist kein einheitliches Konzept, es gibt keinen festen Plan, wie sie zu erreichen ist. Aber genau diese Vielfalt der Ansätze macht den Reiz aus – und gleichzeitig wird das auch die grosse Herausforderung sein, dass wir uns in den verschiedenen Facetten nicht verlieren und nicht gute Ideen gegeneinander ausspielen.

Unbestritten bleibt der Grundgedanke, wie er im Parteiprogramm festgehalten ist: «Die Demokratisierung der Wirtschaft ist eine sozialdemokratische Strategie der Systemveränderung.» Ganz konkret heisst das: Eine Gesellschaft ist nicht einfach schon deshalb demokratisch, weil die BürgerInnen vier Mal im Jahr an die Urnen gerufen werden. Demokratie ist vielmehr eine Lebens- und Gesellschaftsform, die von Entscheidungen Betroffene mitentscheiden lässt. Heute ist dieses Prinzip auf die Politik beschränkt. In der Wirtschaftswelt hingegen wird nur die Stimme der Kapitalgeber gehört. Nun ist es aber so, dass die Wirtschaft einen äusserst prägenden Einfluss auf das Leben der Menschen ausübt. Wieso ist also genau dieser Lebensbereich nicht demokratisiert? Der Zürcher Philosoph Urs Marti spricht mit gutem Grund von der Demokratie als einem

«uneingelöstes Versprechen», solange sie sich nicht auch auf den Bereich der Wirtschaft erstreckt. Wirtschaftsdemokratie bedeutet ein Mehr an Selbstbestimmung.

Wie ist es mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft zu vereinbaren, dass eine Handvoll Manager und Verwaltungsräte in entrückten Konzernzentralen alleine Entscheidungen treffen, die das Leben von oftmals Hunderttausenden oder Millionen Menschen massgeblich beeinflussen? Darum wird mehr (Wirtschafts-)Demokratie wagen vor allem auch heissen, wirtschaftliche Macht zu dezentralisieren. Es braucht beispielsweise neue Regeln und Mechanismen, um die Betroffenen an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Weil Wirtschaftsdemokratie erprobt werden muss, braucht es neue Handlungsspielräume und gesellschaftliche Lernprozesse. Der Staat ist dabei insbesondere gefordert, zivilgesellschaftliche Initiativen wie die genossenschaftliche Selbsthilfe gezielt zu unterstützen, um sie aus ihrer oftmals prekären Existenz zu holen und ihnen gesamtgesellschaftliche Wirkung zu verschaffen. Und weil dieses komplexe Projekt nicht von heute auf morgen umgesetzt werden kann, braucht es eine langfristig ausgerichtete und kontinuierliche Behandlung der Thematik. Die SP Schweiz wird deshalb eine Arbeitsgruppe einsetzen, die dieses anspruchsvolle Projekt operativ begleitet und vorantreibt.

Wirtschaftsdemokratie ist ein langer, aber spannender Prozess, der wahrscheinlich nie zu Ende sein wird. Aber es ist höchste Zeit, dass wir damit beginnen.

Stefan Hostettler und Pascal Zwicky  
sind politische Sekretäre der SP Schweiz

## KNALLROT

Yvonne Feri  
Nationalrätin AG und Präsidentin  
der SP Frauen Schweiz



## Wünsche fürs 2014

Wie heisst es so schön? Das Fest der Familie steht vor der Türe. Zeit für einen Familien-Rückblick und Zeit für Wünsche. Die Stimmberechtigten hatten in diesem Jahr im Bereich der Familienpolitik zwei wichtige Weichen zu stellen: Im März der Familienartikel, welcher am Ständemehr scheiterte, und im November mit der Familienmogelpackung, die von 58 Prozent der Stimmdenden abgelehnt wurde. Die SP-Frauen haben mit Argumenten für eine moderne Familienpolitik überzeugt. Und damit leite ich über zu meinen Wünschen:

**Genügend familienergänzende Kinderbetreuung:** Eine richtige Familienpolitik beinhaltet flächendeckend eine qualitativ gute familienergänzende Kinderbetreuung, die für alle bezahlbar ist. Damit wird die Erwerbsbeteiligung aller Eltern gefördert und auch die Armutsspirale durchbrochen.

**Ergänzungsleistungen und konkrete Projekte gegen die Familienarmut:** Familienarmut ist nicht nur als reales Problem anzuerkennen, sondern sie ist aktiv in Form von konkreten Projekten zu bekämpfen. Das Ziel muss sein, Erwerbsanreize zu schaffen und die Vereinbarkeit von sozialem Leben, Familie und Erwerbsleben zu fördern. Ergänzungsleistungen für Familien sehe ich als vordringliche Lösung.

**Elternurlaub:** Ein bezahlter Elternurlaub, der sowohl in Vollzeit als auch mittels befristeter Pensenreduktion eingelöst werden kann und der paritätisch von beiden Eltern bezogen wird.

**Vorsorgelösungen, die für alle gelten:** Frauen und Männer müssen gleichermaßen für ihre Nach-Erwerbszeit eine Vorsorge aufbauen können, damit nicht per se eine grosse Anzahl von Pensionierten in die Armutsfalle tappt. Mit der Altersvorsorge 2020 ist das noch nicht der Fall. Wir bleiben dran und laden am 22. Februar 2014 in Bern zum Gespräch darüber.

Und unser letzter Wunsch, zum 32. Mal, seit seiner Verankerung in der Verfassung: **Gleicher Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit für Männer und Frauen.**

In diesem Sinne: Ich danke euch für die Zusammenarbeit und für die Unterstützung und wünsche euch ein erfolgreiches neues Jahr – für alle statt für wenige!

[www.sp-frauen.ch](http://www.sp-frauen.ch)

RÜCKBLICK ERSTE LEGISLATURHÄLFTE

# Gegen Privilegien und Einzelinteressen

**Es ist der SP in National- und Ständerat seit den Wahlen 2011 gelungen, mit einer personell erstarkten Fraktion wichtige Zeichen zu setzen. Und auch in der zweiten Legislaturhälfte wird sich die SP für eine Politik für alle statt für wenige stark machen.**

Den SchweizerInnen widerstrebt ein Leben, das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Sie sehnen sich mit gutem Recht nach einer Zukunft mit Perspektiven. Diese Hoffnung auf eine bessere Zukunft – national und international – und der Wille, eine solche auch zu erreichen, prägt seit jeher unsere Politik und somit auch die Arbeit unserer Bundeshausfraktion. Für eine sozialdemokratische Politik engagiert sich die Fraktion derzeit insbesondere in den Fragen rund um die Zukunft des Finanz- und Werkplatzes, bei der Energiewende und der Verankerung eines nachhaltigen Umgangs mit allen natürlichen Ressourcen sowie bei der Verteidigung der Altersvorsorge gegen die Abbaupläne der bürgerlichen Parteien und der Interessenvertreter der Versicherungswirtschaft.

Ein zentrales Thema, das die BürgerInnen auch über das vergangene Abstimmungswochenende hinaus beschäftigen wird, ist die Verteilungsgerechtigkeit und die wachsende Diskrepanz zwischen oben und unten. Diesen Missstand können Economiesuisse oder Gewerbeverband auch mit der Selektion der für ihren Standpunkt vorteilhafteren Statistiken nicht wegdiskutieren. Und das gilt insbesondere auch für die Frage der Mindestlöhne. Es wird diesbezüglich nicht genügen, wenn den Menschen von den Früchten der Personenfreizügigkeit vorgeschwärmt wird.

## Lehren ziehen aus der Krise

Weiter prägen die Nachwehen des teuer verhinderten Kollapses der UBS sowie die von Banken und bürgerlicher Politik verschlafene Abkehr von der Vermögensverwaltung unversteuerten Gelder weiterhin die Finanzplatzpolitik. Heute ist das bisherige Geschäftsmodell, das die SP immer kritisiert hat, am Ende: weil das Geschäft mit unversteuertem Geld international nicht mehr geduldet wird.

Entscheidend ist eine intelligente Regulierung, die Missbräuche verhindert, die für effiziente Dienstleistungen sorgt und gleichzeitig die nützlichen Funktionen von Finanz- und Kapitalmärkten in den Dienst des Werkplatzes stellt. Dazu gehört auch, dass die faktische Staatsgarantie für die Grossbanken nicht länger als Naturgesetz hingenommen wird. Das beste Mittel dazu sind massiv höhere Eigenmittel. Der automatische Informationsaustausch, wie ihn die SP seit längerem propagiert, wird zum Standard. Und je früher die offizielle Schweiz das akzeptiert, desto mehr kann sie an den Regeln für die Zukunft mitarbeiten.

## Die Energiewende sicherstellen

Die SP hat mit ihrer Cleantech-Initiative die Zeichen der Zeit früh erkannt und damit den Weg zur eingeleiteten Energiewende massgebend mitgeprägt: Die Blockierung der erneuerbaren Energienutzung durch ein zu enges

Korsett bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) konnte dank unserer Politik überwunden werden. Der Gegenentwurf ermöglicht jetzt schnelle konkrete Fortschritte hin zu einer erneuerbaren Energiezukunft und somit einer sicheren und sauberen Energieversorgung ohne Atomkraftwerke (AKW). Denn jede Kilowattstunde aus einem AKW verhindert Kilowattstunden aus erneuerbaren Energien. Natürlich müssen auch die Effizienzpotenziale voll ausgeschöpft werden. Noch ist die Wende aber nicht gesichert und die Voraussetzung dazu noch nicht überall vorhanden.

## Kein neuer Rentenklau

Mit der Altersvorsorge 2020 steht in der Sozialpolitik der nächste Schlagabtausch mit den bürgerlichen Kontrahenten auf der Agenda. Während das rechte Lager versucht, mit gezielten Einzelaktionen das Sozialsystem als Ganzes zurückzufahren, unterstützt die SP das Konzept der Gesamtschau, die zu einer ausgeglichenen Weiterentwicklung von erster und zweiter Säule führen soll. Die BürgerInnen interessieren weniger die technischen Details, vielmehr wollen sie die Gewissheit, dass sie dereinst nicht um ihre Renten bangen müssen. Und das lässt sich angesichts der tieferen Anlageerträge nur mit einer ausreichenden Finanzierung und flankierenden Massnahmen bewerkstelligen.

In Kernbereichen der Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik werden in den kommenden zwei Jahren grundsätzliche und wegweisende Entscheide gefällt werden. Die SP-Fraktion sieht sich in der Verantwortung, für politische Lösungen zu kämpfen und Mehrheiten zu beschaffen. So soll das Leben und die Lebensqualität aller BürgerInnen verbessert und ihnen die nötige Sicherheit und das Vertrauen in einen weit gefassten «Service public» garantiert werden, der allen Menschen in allen Regionen des Landes zu gleichen Preisen und bei hoher Qualität zugänglich ist.



Parlamentsdienste 3003 Bern



**Andy Tschümperlin**

ist Nationalrat SZ und Präsident der Bundeshausfraktion der SP



# Bildung kommt zu euch!

Die Sektionen sagen wann und wo, wir organisieren den Rest – nach diesem einfachen Prinzip funktionieren die SP-Bildungsmodulare. Das als Pilot durchgeführte 1:12-Modul hat gezeigt, dass dieses Angebot sehr gut ankommt. Stefan Krattiger



Im zu Ende gehenden Jahr hat die Begleitgruppe Bildung der SP Schweiz neue Wege beschritten und ist mit einem Bildungsmodul zur 1:12-Initiative in die Sektionen gegangen. Die Idee ist einfach: Freiwillige Coaches werden von der SP ausgebildet und besuchen anschliessend – quasi als Multiplikatoren – SP-Sektionen. Die Sektionen teilen uns mit, wann und wo sie einen Anlass durchführen möchten, wir kümmern uns um den Rest.

Im Rahmen des 1:12-Bildungsmoduls wurden so weit über 100 Veranstaltungen in der ganzen Schweiz durchgeführt. Die Rückmeldungen – von den Sektionen und von den zahlreichen motivierten Coaches – waren durchs Band positiv (siehe untenstehenden Text). Für uns Grund genug, dieses Erfolgsmodell weiterzuentwickeln und auch 2014 wieder ein solches Bildungsmodul anzubieten (siehe Kasten unten).

## SAVE THE DATE!



Die Jusos kennen es bereits: das Grand Hôtel in Chandolin. Auf fast 2000 Meter ü.M. lässt es sich ausgezeichnet politisieren – seit Jahren findet hier das Juso-Sommerlager statt. Die SP Schweiz freut sich, nun auch ihren Mitgliedern und deren Freunden und Familien ein neues Bildungsangebot präsentieren zu können: eine dreitägige Sommeruni vom 7.-10. August im Grand Hôtel Chandolin. Losgekoppelt vom politischen Tagesgeschäft soll mit GesinnungsgenossInnen über Gesellschaft und Politik diskutiert werden. Neben einem kleinen Freizeitangebot wird ein abwechslungsreiches und interessantes Weiterbildungsprogramm angeboten. Es lohnt sich, den Termin jetzt schon zu reservieren! Weitere Infos folgen.

## «Wir freuen uns schon auf das nächste Angebot»

Einmal im Monat trifft sich die SP Sursee und Umgebung zum SP-Treff. An diesen Treffs geht es relativ locker zu und her. So gibt es jeweils einen Schluck Wein und etwas zum Knabbern. An diesen Treffs besprechen wir die lokale Politik und ab und zu, was schweizerisch so ansteht. Obwohl wir uns SP Sursee und Umgebung nennen, kommen die meisten aus Sursee, und logischerweise geht es meist auch um die Politik in Sursee. Meine Partnerin und ich sind zurzeit die einzigen Aktiven aus der Umgebung. Deshalb haben wir auch angeregt, zwischendurch an einer Sitzung bewusst nationale Themen zu besprechen. Aus

diesem Grund haben wir sofort zugegriffen, als die SP Schweiz das 1:12-Bildungsmodul angeboten hat. Und so kamen wir zu einem spannenden und informativen Abend. Denn das Bildungsmodul zeigt auf, wie schief die Verteilung in der Schweiz läuft und wie es ge-

rechter sein könnte. Obwohl viele Zahlen vorkamen, wurde alles verständlich erklärt. Alle Anwesenden – mit ganz unterschiedlichem Wissensstand – haben von den Informationen profitiert. Persönlich finde ich es eine gute Idee die Bildung in die Sektionen zu

bringen. Ich war früher einmal Bildungsverantwortlicher in der SP Aargau und weiss, wie schwierig es ist, Leute zu motivieren, zusätzlich an eine Bildungsveranstaltung zu gehen. Wenn die SP Schweiz in die Sektionen kommt, erreicht sie viel mehr Leute. Wir in Sursee waren jedenfalls begeistert und wir freuen uns schon auf das nächste Angebot – buchen werden wir es auf jeden Fall!

### BILDUNGSMODUL

#### Coaches gesucht

Im Frühsommer 2014, im Vorfeld der Abstimmung über die Volksinitiative «für eine Öffentliche Krankenkasse», wird ein Bildungsmodul zum Gesundheitswesen angeboten. Dafür sind wir auf deine Hilfe angewiesen: Melde dich bei Monika Bolliger (031 329 69 92, monika.bolliger@spschweiz.ch), wenn du dich zwischen April und September als Coach engagieren möchtest.



**Mario Gsell**, Kaltbach  
SP Sursee und Umgebung

# Neuer Parteisekretär gewählt

In der italienischen Schwesterpartei der SP, dem sozialdemokratischen «Partito Democratico», ist am 8. Dezember der neue Parteivorsitzende, «nationaler Sekretär» genannt, durch ein öffentliches Wahlverfahren bestimmt worden. Dieser wird durch seine Wahl zum neuen Parteichef gleichzeitig Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Der Partito Democratico ist die einzige Partei Europas, welche ihren Parteichef oder ihre Parteichefin in einem solchen Wahlverfahren erkürt.

Im November vor einem Jahr nahmen über vier Millionen BürgerInnen an den «Primarie», den Vorwahlen teil, bei denen sich Pierluigi Bersani und Matteo Renzi gegenüberstanden. Diese Wahl gleicht den «Primaries» in den USA, bei welchen innerhalb der Demokratischen und der Republikanischen Partei der jeweilige Präsidentschaftskandidat gewählt wird. Der Gedanke – auch in Italien – ist dabei, den BürgerInnen die Politik mittels direkter Beteiligung näher zu bringen. Dies scheint dringend nötig, nachdem in Italien aufgrund zahlreicher Korruptionsskandale viel Vertrauen in die Politik verloren gegangen ist. In der Stichwahl der «Primarie» am 8. Dezember standen folgende Kandidaten für das Amt des nationalen Sekretärs zur Wahl: Der ehemalige Juso-Sekretär und Intellektuelle Gianni Cuperlo, der sich als europäischer, sozialdemokratischer Reformpolitiker versteht. Der Stadtpräsident von Florenz, Matteo Renzi, welcher für eine moderne und eher liberale Politik einsteht. Und schliesslich Giuseppe Civati, ein junger und dynamischer Parlamentarier, der mit einem Linksbündnis mit den Gewerkschaften liebäugelt. Diese drei Erstplatzierten des ersten Wahlgangs (Renzi: 46, Cuperlo: 38, Civati 11 Prozent) traten zur entscheidenden Stichwahl an. Stimmberechtigt waren alle Parteimitglieder und SympathisantInnen, in Italien und im Ausland. Die Teilnahme an den Vorwahlen unterlag einer einzigen Bedingung: dem Eintrag des Wählers oder der Wählerin ins Wahlregister des Partito Democratico (PD).

Der Partito Democratico ist die einzige Partei in ganz Europa, die ihre Sekretärin oder ihren Sekretär in einem solchen Wahlverfahren kürt. Bei den anderen italienischen Par-



teien ist es meistens der Hauptsponsor, wie etwa Silvio Berlusconi, der die autokratische Leitung innehat. Die erneuten «Primarie» beim PD, nachdem die letzten vor weniger

## In der italienischen Politik und Gesellschaft sind Reformen dringend nötig.

als einem Jahr stattgefunden hatten, sind Folge des Rücktritts des bisherigen nationalen Sekretärs Pier-Luigi Bersani. Dieser war nach den Parlamentswahlen im Februar 2012 von Staatspräsident Giorgio Napolitano mit der Regierungsbildung beauftragt worden, ihm gelang es aber nicht, eine mehrheitsfähige Mitte-Links-Regierung zu bilden. Infolge dessen trat Bersani als nationaler Sekretär des PD zurück. Anstelle einer Mitte-Links-Regierung kam die heute regierende Rechts-Links-Koalition («Coalizione delle larghe intese») an die Macht, geführt von Ministerpräsident Enrico Letta, dem ehemaligen Vizechef des PD, und Vizepremier Angelino Alfano (Nuovo Centrodestra).

In der italienischen Politik und Gesellschaft sind Reformen dringend nötig. Der neu gewählte nationale Sekretär des Partito Democratico sollte aufgrund seiner grossen öffentlichen Akzeptanz für mehr Reformbereitschaft

sorgen und der Koalitionsregierung einen gewissen Rückhalt gewähren. Von grosser Wichtigkeit ist etwa ein neues Wahlgesetz zur Parlamentswahl. Zurzeit können nur vorabgedruckte und unveränderbare Listen eingeworfen werden. Das Panaschieren – also das Einfügen von KandidatInnen anderer Listen – und eigene Listenzusammenstellungen, etwa durch Streichen einzelner Kandidierender, sind heute nicht erlaubt. Auch eine Reform der beiden Parlamentskammern steht zur Diskussion. Der Senat soll in einen Regionenrat umgewandelt werden, vergleichbar mit dem Schweizer Ständerat, und nicht einfach das verkleinerte Abbild der Abgeordnetenversammlung sein. Ebenfalls ist die sehr hohe Anzahl Parlamentarier von über 900 um ein Drittel zu reduzieren. In der Bildungspolitik gilt es, ein duales Bildungssystem einzuführen und die Universitäten wieder aufVordermann zu bringen. Dies sind nur einige der Punkte, die umzusetzen sind, um dem Land die lange ersehnten Veränderungen zum Besseren zu bringen und den Leuten eine Perspektive zu vermitteln.



### ANMERKUNG

#### DER REDAKTION:

Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass Matteo Renzi mit 68 Prozent der Stimmen zum neuen Parteivorsitzenden des Partito Democratico gewählt wurde.



**Michele Schiavone**

ist Sekretär des Partito Democratico Svizzera




## LESERBRIEF

Ich bin enttäuscht darüber, wie im letzten «links» über die 1:12-Initiative berichtet wurde. Es werden Punkte aufgezählt, die ein Ja unterstützen, aber es sind eher Schlagwörter, populistische Aussagen und Argumente, welche demjenigen, der einen gewissen Gerechtigkeitssinn in sich trägt, selbstverständlich sind. Ich fand aber kein fundiertes Argument, das sich gegen die Propaganda der Bürgerlichen gerichtet hätte: Steuerausfall und Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen. Ich verstehe, dass nicht zu viele Zeilen geschrieben werden können. Aber man kann nicht einfach «Glaubenssätze» schreiben. Wir sind denkende Menschen und wollen mit Tatsachen überzeugt werden, nicht mit Schlagwörtern. Bei einem ausgezeichneten Vortrag von Roland Näf, Präsident der SP Kanton Bern, ist am Schluss auch das Thema «Politische Information in der Presse» und im «links» aufgetaucht. Er hat die Information im «links» teilweise verteidigt: Viele Leser wollen nicht allzu lange, ausführliche Texte lesen. Andererseits fand auch er, dass wir SP-Leute bestens informiert werden müssen. Wir brauchen sachliche Argumente, damit wir in Diskussionen dem Gegner gewachsen sind. Darum schlage ich vor, dass den Artikeln im «links» jeweils eine Art einfache Zusammenfassung vorangestellt wird, aber nachfolgend die Argumente und Beweise offengelegt werden. Damit Mitglieder, welche aus eigener Überzeugung ihren Entscheid treffen wollen, das nötige Material erhalten.

Rolf Felix, SP Altstadt Bern

Wir freuen uns über deine Kritik, dein Lob, deine Anregungen. Schick uns ein Mail an [links@spschweiz.ch](mailto:links@spschweiz.ch).



**Nähen Sie  
12 Stunden täglich  
solche Hemden.  
Eingesperrt mit  
10 weiteren Kindern.  
Bei 38 Grad.**

Traurige Realität für Millionen ausgebeutete Kinder wie Sunita. Sie können helfen. Jetzt auf [tdh.ch](http://tdh.ch)  
www.facebook.com/tdh.ch

Terre des hommes  
Kommunale Verbände

## GENOSSEN

Barbara Berger ist Zentralsekretärin der SP Frauen Schweiz



## Breast Friends

**Ich war im Kellerkino, um einen Gipfel zu stürmen. Es galt, das Breithorn (4162 m ü.M.) zu bezwingen, 100 Frauen aus ganz verschiedenen Altersgruppen und Ländern über die Schultern und auf den Busen starrend. Alle hatten einen Brustkrebs bezwungen.**

Die Schweiz kennt seit 2009 den Auftrag des Bundes, Brustkrebsfrüherkennungsprogramme einzuführen. Diese fehlen in der Zentralschweiz, in den beiden Appenzell, in Zürich, Aargau und Schaffhausen, wie «swiss cancer screening» auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Wie viele Frauen sterben deswegen?

«Der Kanton Wallis hat mein Leben gerettet», erklärt eine derjenigen, die zu einem regelmässigen Screening eingeladen wurden. Bezahlt durch die obligatorische Krankenversicherung. Eine Mazedonierin erläutert, dass sie eine VIP-Behandlung erhielt. Ihr Arzt nahm sich sogar aussergewöhnlich viel Zeit, ihre Fragen zu beantworten, weil sie mit einem berühmten Mann verheiratet sei. Dennoch fühlte sie sich nicht genügend informiert. Wie auch eine Bernerin, die vermutete, ihre mangelnde Zusatzversicherung sei schuld.

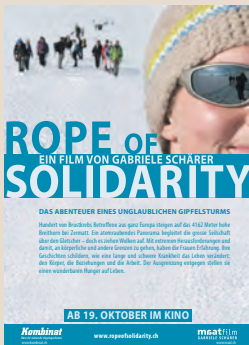
Das liess Wut in mir aufsteigen und ich japste nach Luft, als würde ich mit ihnen allen über den Gletscher kraxeln. Wieso sollen die finanziellen Verhältnisse über Behandlung und Informationsgrad entscheiden? Schliesslich haben wir lange genug für eine

obligatorische Krankenversicherung gekämpft, die die gesamte Grundversorgung abdeckt. Nach einem kurzen mentalen Dankeschreiben an Ruth Dreifuss und einem gehässigen inneren Monolog gegen die InitiantInnen der Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», die den Schwangerschaftsabbruch aus der Grundversicherung kippen wollen, weil Solidarität anscheinend doch vom Portemonnaie abhängen soll, wende ich mich wieder den Bergsteigerinnen zu. Der Gipfel des Breithorns rückt näher, der Grat, den es zu queren gilt, ist eine Herausforderung. Dies ist auch die Phase nach der Erstbehandlung. In Deutschland gibt es Reha-Kliniken für Brustkrebskranke gibt, die helfen, ins normale Leben zurückzufinden, auch wenn Haare, Wimpern und Augenbrauen ausgefallen sind, eventuell ein Brustaufbau gemacht werden muss und das Energielevel bei null liegt. Andere Frauen berichten von ihren Tricks: Treppensteigen, auch wenn es Stunden dauert, joggen, tanzen, fotografieren. Nicht loslassen, weitergehen. Schritt um Schritt.

Auf dem Gipfel lassen sie eine Flasche kreisen, ich hätte auch einen Schluck getragen. Dieser Aufstieg war ein hartes Stück Arbeit. Und zu gerne wüsste ich, ob sie sich auch Jahre danach noch prustend «breast friends» nennen.

*Möchtest du den LeserInnen etwas vorstellen – ein Buch, einen Film, eine Wanderung –, das du GENOSSEN hast? Schreibe ein Mail an*

[links@spschweiz.ch](mailto:links@spschweiz.ch)



**ROPE OF SOLIDARITY**  
EIN FILM VON GABRIELE SCHARER

DAS ABENTEUER EINES UNGLAUBLICHEN GIPFELSTURMS  
Während der Breithorn-Besteigung im Jahr 1982 kamen fünf  
Brocken bei Zermatt. Die zentralen Passanten begleitet die grosse Schilke  
über den Gletscher – durch ein kaltes Nebelmeer auf dem schneebedeckten  
Gletscher, an Körperliche und andere Grenzen zu gehen, haben der Frauen Erlösung. Die  
Geschichte schildert, wie zwei junge und ältere Frauen das Leben riskieren,  
die Spitze der Breithorn und die Gipfel. Die Ausgestaltung zeigen stellen Sie  
[www.ropeofsolidarity.ch](http://www.ropeofsolidarity.ch)

AB 19. OKTOBER IM KINO  
Hombinot  
www.ropeofsolidarity.ch  
msat

[www.ropeofsolidarity.ch](http://www.ropeofsolidarity.ch),  
der neue Film von Gabriele  
Scharer, den sie auch für  
Sektions- und Diskussions-  
abende verleiht.

## ROTSTICH

## Vitus, Vujo, Föhn und Christoph

Willkommen in einem Land vor unserer Zeit: Bischof Vitus – «der Lebendige» – Huonder schichtet fleissig den verbalen Scheiterhaufen auf und wettet gegen Homosexuelle: Die «Auslieferung an gleichgeschlechtliche Paare» beraube Kinder der «Grundlage einer gesunden psychischen Entwicklung». Heiliger Bimbam!

Deshalb empfiehlt der Kirchenmann seinen Schäfchen – dem Vernehmen nach – nebst dem «Fenster zum Sonntag» den «Bachelor» auf 3+. Denn in der Kuppelshow, in der 20 junge Frauen ihre Menschenwürde für 15 Minuten Ruhm verhökern und um einen grossgewachsenen Ernährer balzen, geht es dermassen hetero zu und her, dass es dem Churer Oberhirten warm ums Herz wird. Vujo, der den Schmalspur-Traumprinzen mimt, philosophiert: «Ich weiss selbst, ich bin geschaffen, um zu lieben».

Und die Frauen, die um den Schönling buhlen, sind geschaffen, um die Konsequenzen des Liebens zu tragen. «Das liegt in der Natur der Sache, dass die Frau schwanger wird und nicht der Mann», weiss Abtreibungsgegner Peter Föhn. «Das hat der Herrgott so eingerichtet». Ohne Frau, keine ungewollten Schwangerschaft. Deshalb soll Frau gefälligst bezahlen, wenn es mal ungewollt einschlägt.

Ebenfalls zum Föhn'schen Argumentationsprinzip greift Blocher: Die Rassentrennung in Südafrika habe auf Gegenseitigkeit beruht, schwätzt er das ehemalige Apartheidregime schön. Ohne Schwarze, keine Rassentrennung. Und: «Die Weissen hielten das Land damals sehr in Ordnung». Wahrscheinlich hat das auch der Herrgott so eingerichtet. Was wohl der eloquente «Bachelor» zu den drei Ewiggestrigen sagen würde, bevor er sie ohne Rose nach Hause schickt? Genau: «Ein Riesen-Chapeau, dass du so ehrlich bist!»

Stefan Krattiger



EIN TAG IM LEBEN VON...  
AHMED JIZAWI, 30.

« Ich versuche, morgens um 7 oder 8 Uhr aufzustehen. Eigentlich könnte ich jeden Tag so lange schlafen, wie ich möchte. Aber es ist mir wichtig, einen einigermassen geregelten Tagesrhythmus zu haben. In meiner Situation als Asylsuchender ist das nicht selbstverständlich. Ich darf hier nicht arbeiten und in der Asylunterkunft, wo ich wohne, gibt es keinerlei Tagesstruktur. Als ich im März vor einem Jahr hierher kam, ging ich die ersten drei Monate teilweise tagelang nicht aus dem Haus und hatte nichts zu tun, es ging mir immer schlechter. Das war der Punkt, an dem ich beschloss, dass ich selber dafür sorgen muss, meinem Leben eine Struktur zu geben. In Syrien hatte ich eine Stelle als Medizintechniker gehabt, lebte in Damaskus, war aber geschäftlich oft im Ausland unterwegs. Anfangs des letzten Jahres wollte mich meine Firma für eine einwöchige Schulung in die Schweiz schicken. Zu diesem Zweck erhielt ich ein Visum für Geschäftsreisende und flog im März hierher. Während meines Aufenthalts informierten mich meine Eltern, dass meine Cousine verhaftet worden sei. Schon vorher war einer meiner Onkel getötet und ein weiterer verhaftet worden. Meine Eltern rieten mir deshalb, nicht nach Syrien zurückzukehren. Die Idee, zu meinem Bruder nach England oder meinem Onkel in Spanien zu gehen, verwarf ich rasch. Hätte ich dort einen Asylantrag gestellt, hätte man mich aufgrund der Schengen-Bestimmungen zurück in die Schweiz geschickt. So stellte ich Ende März einen Antrag auf Asyl in der Schweiz. Seither warte ich darauf, zu meiner zweiten Anhörung nach Bern eingeladen zu werden. In den ersten Monaten wartete ich jeden Morgen auf den Postboten, in der Hoffnung, er würde endlich eine Einladung aus Bern bringen. Dann kam der Punkt, an dem ich beschloss, mein Leben nicht mehr nur mit Warten zu verbringen, sondern zu

versuchen, ein so normales Leben wie möglich zu führen. Um meinem Tag wieder etwas Struktur zu geben und um aus dem Haus zu kommen, fing ich letzten Sommer an, regelmässig wandern zu gehen. Dies tat mir sehr gut, aber ich wollte auch arbeiten, etwas Sinnvolles tun. So erkundigte ich mich nach Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit – bei der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel» (GGG), dem Roten Kreuz, Amnesty International, dem Service Civil International und anderen. Vielerorts war es ein Problem, dass ich kein Deutsch sprach. Schliesslich konnte ich über die GGG bei der «World Peace Academy» in Basel einen kleineren Forschungsauftrag übernehmen und begann zudem, jeden Samstag Arabischkurse für Kinder in einer Basler Moschee zu geben. So erhielt mein Tag eine gewisse Struktur und ich lernte viele neue Leute kennen. Nach dem Aufstehen frühstücke ich, trinke einen Kaffee und gehe dann zur Arbeit. Trotzdem gleicht kein Tag dem anderen. Oft arbeite ich von einem Basler Café aus, wo es gratis WLAN gibt, manchmal in der Unibibliothek oder seit Kurzem im Büro eines lokalen Vereins, mit dem ich gemeinsam an einem Projekt arbeite. Aktuell plane ich zusammen mit Amnesty International eine Aktion für den Internationalen Menschenrechtstag. Gleichzeitig möchte ich zusammen mit zwei Freundinnen, einer Ägypterin und einer Schweizerin, einen Verein zur Förderung des Verständnisses zwischen der arabischen und der schweizerischen Kultur gründen. Wir schreiben gerade die Statuten und planen eine Filmvorführung. Seit Kurzem besuche ich ausserdem einmal täglich einen Deutschkurs. Meistens verbringe ich so den ganzen Tag auswärts und kehre nur zum Essen und Schlafen in die Asylunterkunft zurück. Sonntags ist dann der Tag, an dem ich wandern gehe.

Aufgezeichnet von Lisa Schädel



## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Umgang mit Konflikten

**am Arbeitsplatz** D2.4.1420

23.–24.1.2014; Restaurant Römertor, Winterthur

Inhalt: Kommunikation, Konfliktformen und Eskalationsstufen, Interventionsinstrumente. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

### Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen

D2.4.1418

27.–28.1.2014; Seminarhaus

Boldern, Männedorf ZH  
Inhalt: Erkennen und Einschätzen von Verhandlungsspielräumen, Vorbereitung und Phasen eines Verhandlungsgesprächs, Win-win-Strategien (Harvard-Prinzipien), Techniken im Gespräch, Übungen anhand von Fallbeispielen. Referent: Roland Christen (Organisationsentwickler)

### Effizient lesen – die Infoflut bewältigen

D2.6.1432

17.2.2014; ibW Höhere Fachschule

Südostschweiz, Chur  
Inhalt: Eigener Umgang mit der Infoflut, Entwicklung persönlicher Aus-

wahlkriterien, Techniken und Strategien für erhöhte Lesegeschwindigkeit und Merkfähigkeit. Referent: Michael Liechti (Erwachsenenbildner)

### Älter werden im Beruf

D2.5.1413

18.–19.2.2014; Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH  
Inhalt: Stärken und Schwächen herausarbeiten, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen planen und in Angriff nehmen, Umgang mit der eigenen Energie. Referentin: Astrid Mehr (Erwachsenenbildnerin)

Anmeldung: [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Tel. 031 370 00 70  
Die Kosten für eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–. Bei Monika Bolliger (SP Schweiz, Tel. 031 329 69 91) kann finanzielle Unterstützung beantragt werden.

## AGENDA 2014

28. März

**Koordinationskonferenz**

29. März

**Delegiertenversammlung**

27. Juni

**Koordinationskonferenz**

28. Juni

**Parteitag**

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

## IMPRESSUM

### Herausgeber

SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69

Fax 031 329 69 70

Erscheint 9 Mal pro Jahr

Auflage 43310 (Wemf)

### Abonnementspreise

Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos:

[abo@spschweiz.ch](mailto:abo@spschweiz.ch)

### Redaktion

Lisa Schädel (Chefredaktion), Barbara Berger (SP Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Nicole Amacher (SP Basel-Stadt), Ruedi

Brassel (SP Baselland), Oliver Lüthi

(SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Sebastian Dissler (SP Kanton Luzern), Benedikt Knobel (SP Kanton Thurgau), Michael

Sutter (SP Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

### E-Mail Redaktion

[lisa.schaedel@spschweiz.ch](mailto:lisa.schaedel@spschweiz.ch)

### Gestaltungskonzept

[muellerluetolf.ch](mailto:muellerluetolf.ch)

### Produktion

Atelier Kurt Bläuer, Bern

### Druck

Ringier Print Adligenswil AG

Postfach 3739, 6002 Luzern

### Anzeigen

Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH

Hellgasse 12, 6460 Altdorf

Telefon 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47

[kg@kiliangasser.ch](mailto:kg@kiliangasser.ch)

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2.12.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 13.1.2014



Marc Bühlmann ist Leiter des Année Politique Suisse an der Universität Bern

## Zu viel direkte Demokratie?

Volksinitiativen stehen in der Kritik. Beklagt wird eine Flut an Vorstössen, die Kosten und Leerlauf verursachen und als Wahlplattform missbraucht werden. Zudem würden vermehrt rechtsverletzende Begehren angenommen. Auf der Gegenseite wird die mangelnde Umsetzung von erfolgreichen Volksentscheiden kritisiert. Heilmittel werden mitgeliefert: Höhere Unterschriftenhürden, Verfassungsgerichtsbarkeit, Durchsetzungsinitiativen. Ist die Kritik berechtigt?

Tatsächlich zeigt sich ein zunehmender Trend, Vorstösse zu lancieren – mit deutlichen Höhepunkten um die Wahljahre. Zeitlich verschoben nimmt aber auch die Zahl nicht zustande gekommener Begehren zu, was der Forderung nach höheren Hürden die Spitze nimmt. Die Gretchenfrage ist, ob es ein Zuviel an direkter Demokratie geben kann. Volksinitiativen sind Ventile, verschaffen Anliegen Luft, die es in der repräsentativen Demokratie kaum in die politische Arena schaffen. Opposition von unten forciert politische Debatten und schafft öffentliche Diskussion. Die so entstehenden Argumente sind Treibstoff für demokratische Entscheidungsprozesse. Je mehr Argumente, desto breiter abgestützt ist der Prozess, desto stärker muss ein Entscheid ausgehandelt und austariert werden.

Der Erfolg von Initiativen bemisst sich deshalb nicht an deren Annahme oder wortgetreuen Umsetzung. Argumente von unten fliessen so oder so in neue politische Entscheidungen ein und justieren deren Richtung. Bei angenommenen Initiativen erfolgen Opposition und Kontrolle allerdings von oben, empfiehlt doch das Parlament Initiativen in der Regel zur Ablehnung oder schwächt diese zu Gegenvorschlägen ab. Auch hier muss aber eine Aushandlung unterschiedlicher Argumente stattfinden. Entscheidungshoheit kann in einer Konsensdemokratie von niemandem beansprucht werden.

Demokratische Entscheide sind immer nur vorläufig. Neue Argumente stellen alte Entscheide in Frage. Das nie endende Aushandeln vorläufiger Entscheide als Erfolgsrezept direkter Demokratie benötigt aber Zeit und breite Abstützung. Die «Sofortmentalität», wie sie sich zunehmend in Umsetzungsforderungen von (Durchsetzungs-)Initiativen zeigt, aber auch die Delegation des Aushandelns an Verfassungsrichter schaden dem System halbdirekt-demokratischer Entscheidungsfindung daher eher als ein zunehmender Gebrauch der Volksrechte.



**SAUBERES WASSER IST**

**DIE BASIS JEDER ENTWICKLUNG.**

Wünschen Sie sich zum Geburtstag sauberes Trinkwasser für Kinder in Afrika auf [WWW.MEIN-WUNSCH.ORG](http://WWW.MEIN-WUNSCH.ORG)

Unterstützt durch

**GEBERIT**

**GLOBETROTTER**  
REISEN STATT FERIEEN



**HELNETAS**

Handeln für eine bessere Welt